

pital ungefähr einmal im Jahr. Die Einnahmen betragen 1924/25 RM 1654 Mill., 1925/26 RM 1716 Mill.; für 1926/27 werden sie (obwohl man noch mitten in der Wirtschaftskrise war!) ursprünglich um reichlich 7 Proz. höher mit RM 1841,6 Mill. und endgültig immer noch mit RM 1766,6 Mill. angesetzt, um eine Überweisung an die Reichskasse von RM 70 (12) Mill. herstellen zu können. Eine solche Ausschüttung ist nämlich analog einer Aktiendividende nicht in voller Höhe des Überschusses zulässig, sondern nur in halber, solange eine erst ab 1925 dotierte Reserve (jetzt etwa RM 100 Mill.) noch nicht 12 Prozent der Jahresausgaben enthält. Der Überschuß 1925/26 (24/25) betrug nach den erwähnten Anlagezugängen von RM 281,5 (123,5) Mill. und nach RM 147 (150) Mill. Abschreibungen RM 185 (69) Mill., erarbeitet wurden also zuletzt stattdessen 9 Prozent als Reingewinn, wenn auch das Reich nur einen Bruchteil davon als Dividende erhielt und das übrige im Betrieb blieb. So viel erhält dieser 1926/27 nicht noch einmal; denn die Einnahmen blieben hinter dem Voranschlag zurück, wohl weil er — z. T. im legislativen Gange — zu optimistisch geworden war, aber auch aus besonderen Gründen der einzelnen Betriebszweige (s. u.). Jedenfalls ging im ganzen ungefähr ebensoviel ein wie im Vorjahre, nicht mehr. Die Ausgaben hielten sich vermutlich enger an den Voranschlag; leider ist nicht bekannt, wieviel an Zinsen, Anlagelasten, Rücklagezuweisung usw. schon berücksichtigt wird in den monatlich ausgewiesenen Kassenzugängen, die hinter den Einnahmen um insgesamt rund RM 30 Mill. zurückblieben. Der Finanzminister beansprucht aber für 1926/27 seine 70 Mill. und für 1927/28 wieder denselben Betrag, und die Reserve muß nach dem Gesetz entsprechend dotiert sein. Das bedeutet, daß im ganzen 7 Prozent des Kapitals verdient werden müssen. Gleichzeitig drohen noch Mehraufwendungen für höhere Löhne, und Betriebsverbesserungen sind weiter nötig. Wo sind die Ventile?

#### Der Brief- und Paketverkehr

mit den zugehörigen Zweigen, also kurz der eigentliche Postverkehr, lieferte 1925/26 mit RM 793 Mill. 50,1 Prozent der Einnahmen. Er sollte 1926/27 etwa 7 Prozent mehr abwerfen, erbrachte aber angeblich nur etwa 1 Prozent mehr. Das ist erstaunlich, denn nach den Monatsausweisen ist er mengenmäßig weit stärker gestiegen. Die neuesten Zahlen sind wegen einer Veränderung der Erhebungsmethode mit früheren nicht vergleichbar; darum erwähnen wir nur: gegen den Vormonat stieg der gesamte Briefverkehr z. B. im Oktober um 3,2 Prozent, im Dezember um 6,9, im Februar um 1,5 und im März um 5,5 Prozent, der Paketverkehr in denselben Monaten um 11,7 bzw. 19,0, 10,6, 6,9 Prozent. Wenn diese Statistik, die für die Briefe allerdings nur auf Stichtagserhebungen beruht und auch nicht in ausreichender Spezialisierung veröffentlicht wird (Orts- und Fernverkehr, Drucksachen usw.), nicht völlig trügt, so ist es rätselhaft, wieso die Einnahmen sich nur um 1 Prozent erhöhten. Das, und ebenso die Ausgabenentwicklung, von der man gar nichts weiß, bedürfen jedenfalls der Aufklärung, ehe man diesen Zweig mit 50 Prozent mehr belastet und so der Wirtschaft die Spesen erhöht und die Bewegungsfreiheit beschneidet, und doch für die Post einen Verkehrsrückgang riskiert. Erwartet werden aus der beantragten Gebührenerhöhung RM 210 Mill., da man mit einem Verkehrsrückgang von 15 Prozent rechnet, was nach früheren Erfahrungen möglicherweise noch zu wenig ist. Getroffen würden ja gerade die Absender, denen in den letzten Monaten die Konjunkturerholung die oben erwähnten zusätzlichen Sendungen gestattete. Hierher gehört z. B. der Fachdetailhandel mit seinen Reklamesendungen, deren starke Einschränkung ihm die Konkurrenz gegenüber dem Kaufhaus mit seinen andersartigen Werbemethoden wieder erschweren würde. Paketbezug und Paketversand (Bücher, Textilien u. a. m.) würden außerdem getroffen. So schwerwiegende Wirkungen sollte man nicht leichterdings auf sich nehmen, sollte sie auch keinem zumuten, ehe klare, zwingende Zahlen vorliegen.

#### Vom Postscheckverkehr

Ist bekannt, daß er schon seit ein paar Jahren ein Defizitbetrieb ist. Als wir ihn darum im Vorjahre einmal genauer betrachteten (Abendblatt vom 17. Februar 1926), zeigten sich vor allem folgende Ursachen: Die Einzelmüşe sind — ähnlich wie im Bankgewerbe — im Durchschnitt sehr viel geringer als früher, also relativ kostspieliger; die Guthaben sind weitaus nicht so stark gestiegen wie die Umsätze, also wurden verhältnismäßig größere unverzinsliche Liquiditätsreserven nötig, und der Anteil der mit höheren Gebühren belasteten Bargeldein- und -auszahlungen ging stark zurück. Inzwischen sanken die Zinssätze weiter, und der durchschnittliche Guthabenstand stieg 1926 nicht, wohl aber die Kontenzahl und die Umsätze, somit der Arbeitsanfall. Im ersten Vierteljahr 1927 ist allerdings der durchschnittliche Guthabenstand mit RM 617 (506) Mill. um 20 Prozent

höher als im ersten Viertel 1926. Aber das genügt nicht zum Ausgleich. Daher schlägt die Post für diesen Zweig neben der 50prozentigen Erhöhung der bestehenden Gebühren gänzlich neu vor, den eigentlichen bargeldlosen Überweisungsverkehr, der seither wenigstens formell gebührenfrei war (aber Kosten der Vordrucke, neben der höchst umständlichen Postarbeit Sparen der Ausfüllerei bei den Formularen!), nun auch zu belasten. Gerade das erscheint uns besonders verfehlt. Die Hauptaufgabe des Postscheckverkehrs war und ist gerade die Erziehung zum bargeldlosen Verkehr; ihr arbeitet man jetzt stracks entgegen. Eher noch sollte man an eine andere Ursache des Defizits anknüpfen: den Guthabenbestand. Immerhin ist bisher bei der Guthaben-Summe jetzt eine Steigerung um rund 100 Mill. festzustellen. Kann man die Erhöhung für die Dauer feststellen, so erbringt das beim heutigen Zinsniveau und nach der bisherigen Anlagepolitik der Post ungef. die 20 Mill., die man jetzt aus Verteuerung und Vermehrung der Guthaben erhofft. Diskutabel wäre vielleicht als letzter Ausweg eine bescheidene Wiedererhöhung der seit der Vorkriegszeit auf ein Zehntel reduzierten Mindestguthaben, die praktisch keine Liquiditätsreserve erfordern. Das wichtigste Hilfsmittel blieb aber bisher noch unerwähnt: die Rationalisierung des Betriebs, die bei einem Unternehmen mit durchschnittlich etwa 2 Mill. gleichartigen Buchungen im Tag eine ganz bedeutende Rolle spielen kann. Man weiß, daß das bei der Post keineswegs unbeachtet blieb, hörte aber kaum etwas über die finanziellen Ergebnisse. Beim Frankfurter Amt (etwa 7½ Prozent aller Konten) scheint die Einführung von Maschinen etwa 30 Prozent eines Personals von rund 1100 Köpfen erspart zu haben. Ist diese Verbesserung im ganzen Betrieb zu erzielen, so fallen zwischen 10 und 15 Mill. jährlich an Gehältern weg, denen nur ein Bruchteil für Maschinenamortisation gegenübersteht. Solange also nicht genauer Einblick in Einnahmen und Ausgaben des Scheckverkehrs gewährt wird, muß man annehmen, daß der jetzige Augenblick, in dem Einnahmen und Ausgaben sich entgegenkommen durch höhere Guthaben infolge Konjunkturbelebung und geringere Aufwendungen infolge Rationalisierung — daß dieser Augenblick denkbar ungeeignet ist, um durch Gebührenbelastungen — volkswirtschaftlich gesehen — den Fortschritt des bargeldlosen Verkehrs zu hemmen oder — privatwirtschaftlich gesehen — einen Teil der Kunden an die konkurrierenden Sironese der Sparkassen und Großbanken abzugeben.

#### Beim Fernsprech- und Telegraphenverkehr

sind wieder andere und in sich verschiedene Gesichtspunkte zu beachten. Der Telephonbetrieb lieferte im letzten abgeschlossenen Jahre mit RM 615 Mill. allein 43½ Prozent der Gesamteinnahmen und darunter sicher beträchtliche Überschüsse; wieviel, das weiß man nicht, weil die Ausgaben nicht gesondert ausgewiesen werden. Sicher ist aber, daß gerade auf die Verbesserung dieses Zweiges durch allmähliche Automatisierung der insgesamt etwa 2,67 Mill. Sprechstellen (ein Sechstel oder Fünftel ist wohl umgestellt) und durch Verlegung von Fernkabeln, die allerdings die Telegraphie mitbenutzt, der größte Teil der Anlagezugänge entfällt. Nun gibt die Post zwar selbst zu, daß es sachgemäßer wäre, diese Verbesserungen als Anleihen zu finanzieren, und sie hat mit den vorjährigen 150 Mill. RM. Schahrscheinlich schon einen Anfang gemacht. Anders betrachtet sie die Anlagekosten, die durch den fortlaufenden Verkehrszuwachs entstehen, aber durch die Einrichtungsgebühren natürlich nicht mit gedeckt werden. Die Post glaubt diese Anlagen aus laufenden Mitteln decken zu müssen, weil der Betrieb für so viel Zugang (jährlich + 10 Prozent) nicht Zins und Tilgung aufbringen könne. Aber das Bankkapital soll er als Überschuß abwerfen? Gleichviel, die Telephongebühren sind erhöht. Nun sollte man aber doch erst einmal genau sagen, was man davon an Mehreinnahmen erwartet für den Gesamtbetrieb, ehe man weitere Gebühren steigert, und man sollte, wenn möglich, auch abwarten, ob in den ersten Monaten die Ergebnisse mit den Voranschlägen übereinstimmen. Davon sollte man zumindest den Entschluß über die Telegrammgebühren abhängig machen. Denn die Steigerung der Telephonkosten sollte u. a. ausdrücklich gerade dazu dienen, das Defizit des Telegraphenwesens zu decken, das vom Fernsprecher und von dem gutrentierenden Funkverkehr z. T. ausgeglichen ist. Nun beantragt man trotzdem schon eine Wortgebührenerhöhung um 50 und 60 Prozent. Dabei nimmt die Post offenbar nicht schwer, daß Verkehrsrückgang den Betrieb noch unwirtschaftlicher macht — das ist ja eben seine Krankheit! —, obwohl sie selbst mit gutem Grund offenbar gerade hier eine besonders starke Drosselung erwartet. Sie rechnet nämlich nur mit RM 10 Mill. Erhöhung der Einnahmen (1925/26: RM 87 Mill.) trotz der Gebührenerhöhung um 50 Prozent. Eine solche Verkehrsunterbindung ist aber doch wohl auch eine Schädigung der Gesamtwirtschaft, vor allem gegenüber ihrer heute so wichtigen Verflechtung in den internationalen Verkehr. Auch die Erhöhung der Telegrammgebühren scheint also ebenfalls bedenklich wie verfehlt.